



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 249.19 / 12.06.2019

Ein ausgewogenes und wohlüberlegtes Paket

Zu den Eckpunkten zur Verbesserung der Besoldungsstruktur sagt der finanzpolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Lasse Petersdotter**:

Schleswig-Holstein tut trotz der schwierigen aktuellen Finanzplanung - angesichts von HSH-Lasten, Rückgang der Steuereinnahmen, sinkenden Bundeszuschüssen und gestiegenen Ausgaben infolge von Bundesgesetzen - für unsere Landesbediensteten, was möglich ist. Zusammen mit der Übertragung des Tarifabschlusses wird Schleswig-Holstein seinen Beamt*innen insgesamt acht Prozent mehr Gehalt zahlen und schiebt sich im Ländervergleich vom unteren Ende ins Mittelfeld. Das mag kein Riesendurchbruch sein, gerade weil andere Bundesländer auch sehr viel tun, aber ein ausgewogenes und wohlüberlegtes Paket.

Es ist gut, dass die Einstiegsgehälter besonders bedacht werden, denn diese sind entscheidend für die Gewinnung qualifizierter Nachwuchskräfte. Insbesondere nützt es gleichermaßen auch den unteren Besoldungsgruppen und ist damit weitaus besser und ausgewogener, als es eine Veränderung beim Weihnachtsgeld gewesen wäre, von der im Wesentlichen die oberen Besoldungsgruppen profitiert hätten.

Im Rahmen der anstehenden Parlamentsbefassung sollten wir diskutieren, ob wir noch die sogenannte pauschale Beihilfe in das Paket aufnehmen können. Dies wäre eine weitere wirksame Maßnahme zur Steigerung der Attraktivität unseres Landesdienstes. Die Möglichkeit, sich ohne unzumutbare Belastungen als Beamt*in auch gesetzlich versichern zu können, ist für eine nicht unerhebliche Zahl von Menschen ein wichtiges Kriterium bei der Berufswahl. Je mehr Länder insbesondere in Norddeutschland das Hamburger Modell derzeit übernehmen, desto mehr Nachwuchsbeamt*innen drohen uns im Wettbewerb konkret verloren zu gehen. Angesichts der immer stärker steigenden Beihilfekosten spricht viel dafür, dass das Modell trotz kurzfristiger Kostensteigerungen langfristig eine Entlastung für den Landeshaushalt wäre.
